



„ESSEN SEIN WASSER“

Gegen das Cross-Border-Leasing-Geschäft mit der Trinkwasserversorgung hat sich jetzt eine Bürgerinitiative gebildet. Ins Leben gerufen wurde sie von attac Essen. Unterstützt wird sie von Vertretern der ehemaligen Initiative gegen den Allbau-Verkauf, Umweltverbänden, Friedensforum, Uni-AstA, Erwerbslosegruppe Verdi, Grünen, PDS und DKP. Die Initiative will ein Bürgerbegehren gegen den Trinkwasserdeal starten. Aktuell wird der Text des Bürgerbegehrens erarbeitet, der juristisch wasserdicht sein muß. Dazu dienen auch Gespräche mit der Stadt.

Das Bürgerbegehren durchkreuzt schon jetzt das Interesse der Befürworter, das Geschäft in aller Heimlichkeit durchzuziehen. Erst durch eine Anfrage der PDS wurde der vom Aufsichtsrat der Stadtwerke geplante Deal öffentlich. Auf Initiative der PDS sagte Oberbürgermeister Dr. Reiniger in der letzten Ratssitzung zu, dass das Cross-Border-Leasing-Geschäft in jedem Fall im Stadtrat zur Abstimmung gestellt wird und dass es eine für jeden zugängliche Beschreibung des windigen Geschäftes geben wird. In Köln, wo ein ähnliches Geschäft ansteht, hält die Verwaltungsspitze dies bisher nicht für erforderlich.

Das Bürgerbegehren soll spätestens Anfang Juli starten. Infos sind über unser Büro jederzeit aktuell erhältlich.

Gabriele Giesecke

EBE-Verkauf ist abenteuerlich

PDS-Ratsgruppe lehnt Verkauf ab - Keine Fakten schaffen!

Der geplante Verkauf von 49 % der Essener Entsorgungsbetriebe (EBE) ist zum jetzigen Zeitpunkt abenteuerlich. Diese Position hat die PDS bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses deutlich gemacht. Nach der Verwaltungsvorlage für die Ratssitzung am nächsten Mittwoch soll die Nachfolgerin der skandalgeschüttelten Firma Trienekens, RWE Umwelt, den Zuschlag erhalten, obwohl noch überhaupt nicht klar ist, ob der Verkauf kartellrechtlich Bestand haben wird. Da es um die Frage geht, ob Trienekens seine zur Freigabe des Kaufs der EBE abgegebenen Anteile an der Kölner Müllentsorgung überhaupt rechtmäßig erworben hat, wird eine endgültige Aussage erst nach Abschluss der Prozesse im Kölner Müllskandal vorliegen. Nicht nur deshalb wird die PDS den Verkauf der EBE ablehnen.

„Die Gefahr, dass der Kauf der EBE im Nachhinein beanstandet wird, ist sehr groß,“ so PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke in einer Pressemitteilung. „Angesichts dieser Situation macht die

jetzige Eile beim Verkauf der EBE in Essen nur Sinn, wenn Fakten geschaffen werden sollen. Offensichtlich wird beim RWE-Konzern und in der Verwaltungsspitze darauf spekuliert, dass eine Rückabwicklung des Verkaufs in ein, zwei Jahren nicht mehr durchgesetzt werden kann und der Verkauf vielleicht gegen eine Bußgeldzahlung Bestand hat. Aus diesem Grunde reicht es uns nicht, wenn RWE Umwelt sich zur Übernahme aller Kosten einer möglichen Rückabwicklung des Verkaufs bereit erklärt.“

Anklagen im Kölner Müllskandal – Rechnungsamt findet Ungereimtes

Die Firma RWE-Umwelt hat schon jetzt Marktanteile von über 40 % der Müllentsorgung in NRW. Das Kartellamt hat die Genehmigung des Kaufes der EBE deswegen an die Bedingung geknüpft, dass RWE-Umwelt eine andere Beteiligung abstößt. RWE-Umwelt tat dies durch den Rückverkauf ihrer ohnehin politisch nicht mehr zu haltenen Anteile an der Kölner Müllentsorgung.

Fortsetzung Seite 2



Bilder aus besseren Zeiten im Essener Westen: Links das seit September 2000 geschlossene Nöggerathbad, rechts das seit Dezember 2001 geschlossene Freizeitbad Oase. Jetzt will die CDU Abhilfe schaffen! Geht es nach ihr, soll der Westen Ende des Jahres wieder ein Bad haben: Die Oase mit einem 10 x 20 m Außenbecken, das von einer 5 m (!) hohen Schallschutzmauer umschlossen wird – also Schwimmen im Betonkasten mit Planschbecken. Dabei wären die jährlichen Betriebskosten für Oase und Nöggerathbad zusammen nicht wesentlich höher, als für die Oase mit Außenbecken.

(Fotos: Stadtbildstelle)

gung an die Stadt Köln. Weil viel dafür spricht, dass Trienekens den Zuschlag in Köln durch Korruption erhielt, legte die Firma Rethmann als Mitbewerber Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf ein. Das Oberlandesgericht Düsseldorf stellte die Entscheidung über die Beschwerde zwar zunächst zurück. Es ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass es den Rückverkauf der Kölner Müllentsorgung als „Ausgleich“ für den Kauf in Essen nicht akzeptieren wird, sofern in den anstehenden Prozessen Korruption nachgewiesen werden kann.

Das ist immer wahrscheinlicher. Anfang April erhob die Kölner Staatsanwaltschaft gegen fünf Beteiligte des Müllskandals Anklage wegen Steuerhinterziehung, Bestechung und Bestechlichkeit. Einer der fünf Angeklagten, der damalige Geschäftsführer der Abfallverbrennung, Eisermann, hat gestanden. Anfang Mai legte das Kölner Rechnungsprüfungsamt einen Bericht vor, in dem es erhebliche Ungereimtheiten beim Verkauf der Kölner Entsorgung feststellt.

Privates Müll-Monopol gegen einwohnerorientierte Politik

Politisch hat sich die PDS-Ratsgruppe

schon bei der Grundsatzentscheidung über eine Ausschreibung gegen eine Teil-Privatisierung der EBE ausgesprochen. Der Teil-Verkauf wird die Abfallentsorgung, die ein wichtiger Teil kommunaler Daseinsvorsorge ist, vollständig betriebswirtschaftlichen Überlegungen unterordnen. RWE-Umwelt will seine Profite im äußerst lukrativen Müll-Geschäft steigern, zumal der Kaufpreis von 45 Mio. Euro nach Ansicht von Branchenkennern ohnehin schon ein viel zu hoher, politischer Preis ist. Man konnte es bereits in der Tagespresse lesen, dass das Angebot des zweiten Bieters, Rethmann, 11 Mio. Euro unter dem ersten Angebot liegt.

Offensichtlich liegt dem RWE-Konzern viel daran, seine Monopolstellung in NRW auszubauen und in seiner Heimatstadt Essen ins Geschäft zu kommen. Auch die Essener Abfallversorgung wäre mit einem Einstieg von der RWE Umwelt AG bei der EBE fast vollständig in der Hand des RWE. Der RWE-Konzern, früher gemeinsam mit Trienekens, ist schon seit Jahren an drei Firmen der Essener Müllentsorgung beteiligt, der Verwertung und Entsorgung Karnap-Städte-Holding (VEKS), der Duales Entsorgungssystem Karnap-Städte GmbH (DEKS) und der TREBE-Recycling GmbH.

Ökologische Gesichtspunkte werden bei einer Privatisierung in Zukunft genauso in den Hintergrund gedrängt, wie niedrige, einwohnerfreundliche Gebühren. Je mehr die Monopolstellung ausgebaut ist, desto mehr wird RWE-Umwelt in die Lage kommen, Preise diktieren zu können. Angesichts dieser Lage ist es absurd zu behaupten, die Privatisierung der Müllentsorgung bringe „mehr Markt“. Sie bringt tatsächlich nur mehr privat-kapitalistisches Monopol.

Und sofern das Argument der Privatisierungs-Befürworter sticht, die Müllentsorgung brauche kapitalkräftige Partner, um rationeller arbeiten zu können, gibt es andere Lösungen. Ein interessantes Beispiel ist in Essens unmittelbarer Nachbarschaft zu finden. Der kommunale Abfallwirtschaftsverband EKOCity koordiniert die Müllentsorgung der Städte Bochum, Herne, Wuppertal, Remscheid und der Kreise Ennepe-Ruhr und Recklinghausen. Bewusst setzt der Verbund darauf, ohne private Konzerne auszukommen. Langfristig will man günstige Preise sichern. Die Entsorgung einer Tonne Müll zum Mischpreis von 107 Euro spricht jedenfalls für den Verbund.

Wolfgang Freye

Wochenmarkt vor die Marktkirche

Wieder Zeit vertan – Entscheidung im Juli

Mit etwas Humor kann man die Erklärungen von CDU und SPD von Ende Mai als spätes Erfolgserlebnis werten: Der Wochenmarkt Innenstadt soll nun doch aus dem Bereich hinter der Marktkirche vor die Marktkirche verlegt werden, auf den „Präsentiertel“ Porschekanzel. Ein unrühmliches Kapitel der Diskussion um die Innenstadtbelebung findet wohl doch noch ein gutes Ende. Nach der Bürgerschaft Essen-Stadtmitte, dem Agenda-Forum Stadtentwicklung und der PDS haben sich auch die Essener Marktbesucher und die IHK dafür ausgesprochen.

Trotzdem lehnten CDU und SPD in der Ordnungsausschusssitzung Anfang Juni einen Antrag der PDS ab, die Absichtserklärung unverzüglich umzusetzen und schoben diesen Antrag in den Arbeitskreis Citymarkt. Der Arbeitskreis, in dem nur die Ratsfraktionen vertreten sind, tagte inzwischen. Ordnungsausschuss-Vorsitzender Dieker

(SPD) lehnte es wieder ab, die PDS als Antragstellerin einzuladen. Die anwesenden Markthändler heizten den Vertretern der beiden Parteien jedoch heftig ein. Ergebnis der Arbeitskreis-Sitzung ist ein Antrag der SPD für die Ordnungsausschuss-Sitzung im Juli, den Markt vor die Marktkirche zu verlegen.

Das hätten alle Beteiligten eher haben können, doch nun ist wieder ein Monat vergangen, den die Händler in der ungünstigen Lage ums Überleben kämpfen mussten. Und noch gibt es Sperrfeuer aus der CDU. Rechtsaußen Spilker schlug vor, für eine „1 A-Lage“ auch „1 A-Gebühren“ zu verlangen. Die Marktordnung gibt für ungleiche Gebühren jedoch keine Grundlage her, außerdem findet der Innenstadt-Markt bisher auf Grundlage einer Son-



dernutzungsregelung statt. Es bleibt zu hoffen, dass die Entscheidung zur Verlegung trotzdem in der Sitzung des Ordnungsausschusses am 2. Juli fällt. Die PDS wird sich dafür einsetzen, als kleinen Trost für die lange Wartezeit den Markt städtisch zu bewerben.

Wolfgang Freye

PLANUNGSAUSSCHUSS

Arcaden nicht „durchzocken“!

Sehr kurzfristig hatte der Investor mfi am 17.5.2003 eine Veranstaltung zur Vorstellung eines Modells des Einkaufszentrums „Essener Arcaden“ angekündigt, das er am Berliner Platz bauen will. Viel Neues gab es jedoch nicht. Das Modell mit vier gläsernen Durchgängen, einer Fußgängerbrücke über die Friedrich-Ebert-Strasse und einer auf die Innenstadt ausgerichteten Planung der Grünanlage zeigte zwar mehr Durchlässigkeit, als die ersten Zeichnungen. Ein Riegel zwischen Universität und Innenstadt bleibt der Gebäudekomplex jedoch.

Offensichtlich ging es mfi mehr darum, „Schön Wetter“ und Druck für die schnelle Umsetzung des Projektes zu machen. CDU und FDP zeigten sich empfänglich, SPD und Grüne waren wegen der kurzfristigen Einladung nicht erschienen. Die PDS wurde in ihrem „Nein“ bestärkt und warnt davor, das Projekt „durchzocken“. Viele Fragen sind nach wie vor völlig offen. Das gilt für den vom Einzelhandelsverband erwarteten erheblichen Konkurrenz-Druck auf bestehende Geschäfte ebenso wie für die Entwicklung des „Restes“ der Brachfläche am Berliner Platz.

Bezeichnenderweise konnte mfi die Frage, was das Einkaufszentrum für Studierende bietet, nicht ernsthaft beantworten, obwohl die Universität ja an die Innenstadt angebunden werden soll. Auch eine Antwort auf die Frage, warum es keine Kooperation mit Karstadt gibt, das mit seinem Kaufhaus am Limbecker Platz einer der nächsten Nachbarn ist, gab es nicht.

Wolfgang Freye

BEZIRKSVERTRETUNG I

EVAG-Taktzeiten ändern

Einstimmig beschlossen hat die Bezirksvertretung I in ihrer letzten Sitzung am 27.5.2003 eine Empfehlung an die Essener Verkehrs AG, die Fahrzeiten ihrer Busse und Bahnen an Wochenenden auszuweiten. Auf die Tagesordnung gesetzt hatten die Grünen einen Antrag, wegen der längeren Ladenöffnungszeiten die Taktzeiten an Samstagen denen der anderen Werktage anzunähern. Beschlossen wurde auf Antrag der PDS auch die Erweiterung der Fahrzeiten auch auf den gesamten Sonntag.

Die verkehrliche Mobilität in Essen darf sich nicht ausschließlich an den Wirtschaftsinteressen des Einzelhandels orientieren, sondern auch an den Freizeitbedürfnissen der gesamten Be-

völkerung! Da viele Busse und Bahnen – als Beispiele seien hier nur die Buslinien 155, 170 und 186 genannt – an Sonn- und Feiertagen nur im Halbstundentakt verkehren, ist es für viele Menschen nur eingeschränkt möglich, über den ÖPNV Verwandte, Freunde oder kulturelle Veranstaltungen in Essen zu besuchen.

Frank Tiedemann

BEZIRKSVERTRETUNG III

Neue Ampelschaltung Jahnplatz

Die Ampelschaltung an der Haus-Berge-Strasse in der Höhe des Jahnplatzes soll endlich geändert werden. Nachdem der AWO-Kindergarten und etliche Anwohner/innen über den „Runden Tisch“ mehrfach eine längere Grünphase für Fußgänger/innen gefordert hatten und die Bezirksvertretung III Essen-West auf Antrag der PDS einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, brachte ein Termin der Verwaltung im AWO-Kindergarten jetzt den „Durchbruch“.

Die Ampelschaltung soll so eingerichtet werden, dass die Grünphase auf Tastendruck verdoppelt werden kann. Dies setzt allerdings voraus, dass z.B. eine Erzieherin beim Queren der Straße durch Kinder aufpasst und drückt. Für ältere Menschen, die sich ebenfalls über die kurze Fußgängerampel-Grünphase beklagt hatten, ist diese Änderung der Schaltung wahrscheinlich keine Lösung.

Wolfgang Freye

Städtische Broschüre über Mobilfunk-Gefahren

Als Erfolg kann die Veröffentlichung der Broschüre zu den Gefahren des Mobilfunks durch die Stadtverwaltung gerechnet werden. Ein Erfolg der auch zurückzuführen ist auf die frühe und beharrliche Arbeit der PDS-Ratsgruppe in der Frage UMTS.

Als die PDS vor fast genau zwei Jahren einen Antrag zur Überprüfung der Gefahren durch UMTS-Sendeanlagen in den Rat einbrachte, wurde dieser schnell in den Ausschuss Gesundheit und Umwelt und dort auf ein Abstellgleis geschoben. Ein weiterer Antrag der PDS im Planungsausschuss rief sowohl bei der Verwaltung wie auch bei CDU und SPD heftigen Widerstand hervor. Von Panikmache war die Rede, die thermischen Gefahren wurden verharmlost, die athermischen schlichtweg als Spinnerei dargestellt. Von der Überprüfung der Bauvorschriften nach Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Standorte der Sendeanlagen wollte man absolut nichts wissen. Allein die Grünen unterstützten unseren Antrag. Mit weiteren Anträgen forderten wir die Kartographierung der Sendeanlagen und ausreichende Information der Bürger.

Nun hat das Umweltamt eine Broschüre erstellt und veröffentlicht. Es werden die bekannten thermischen Gefahren dargestellt, es wird über den wissenschaftlichen Disput um die athermische Belastung berichtet und auf die Möglichkeiten der Bauordnung, Einfluss auf die Standorte zu nehmen, hingewiesen. Auch im Internet sind unter www.essen.de Informationen über Mobilfunk-Anlagen abrufbar. Das alles ist sicher ein Erfolg, doch es bleibt keine Zeit, sich darauf auszuruhen. Im 2. Halbjahr 2003 oder spätestens mit Beginn 2004 wird es Ernst mit UMTS. Wir haben noch viel zu tun.

Heinrich Hellwig

TERMINE

Montag, 30. Juni

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Donnerstag, 3. Juli

Bürgerinitiative gegen Trinkwasser-Leasing. 19.30 Uhr, Apo-Haus, Mülheimer Str. 68

Montag, 7. Juli

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Versammlung der DFG/VK. 19.00 Uhr, Grend, Westfalenstr. 311

Bürgerinitiative West. 19.00 Uhr, Gaststätte „Schwimmbad West“ am Nöggerathbad

Montag, 14. Juli

Montagsgebet - Aufstehen für den Frieden. 18.00 Uhr, Kreuzeskirche, Weberplatz (Innenstadt)

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 15. Juli

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum, Maxstr. 11



Die PDS ist für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, statt gegen Arbeitslose.

Was war letzte Ratssitzung?

Schwerpunkt auf der Ratssitzung am 28. Mai war der **Haushalt 2003/2004** der Stadt Essen. Der im Rahmen der Haushaltsdiskussion gestellte PDS Antrag zur Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 Punkte wurde abgelehnt – trotz der Haushaltslage sind CDU, FDP und SPD nicht bereit, die Essener Konzerne stärker zur Finanzierung des Haushaltes heranzuziehen.

Der PDS Antrag zum **Cross-Border-Leasing-Geschäft** Trinkwassernetz erübrigte sich. Kämmerer und Oberbürgermeister sicherten zu, den Deal dem Rat vorzulegen und so weit wie möglich öffentlich zu behandeln.

Der PDS-Antrag zur **Erhöhung der Bekleidungsprämie** für Sozialhilfeempfänger/innen wurde durch SPD und Grüne unterstützt aber letztendlich mit Ratsmehrheit abgelehnt.

Als Reaktion auf die von der Bundesregierung ab 2004 geplanten, auf dem Hartz-Papier fußenden drastischen **Streichungen bei der Beschäftigungsförderung** verabschiedete der Rat einen Antrag von CDU, Grünen und FDP mit entsprechenden Arbeitsschritten für die kommunale Ebene. SPD und PDS lehnten den Antrag als unausgegorenen Schnellschuss ab. Die PDS stimmte ebenfalls gegen eine Resolution zur kommunalen Arbeitsmarktpolitik, die kritiklos die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unterstützte.

Das **Konzept für die interkulturelle Arbeit** in der Stadt Essen/Gesamtkonzept Sprachförderung wurde nur durch die Gruppe der Republikaner abgelehnt.

H.-J. Schwartz

IMPRESSUM:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906
www.pds-essen-im-rat.de,
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

28 Städte verscherbeln ihr Tafelsilber

DSM-Verkauf ohne jede Absicherung für die Beschäftigten

In der Sitzung des Rates der Stadt Essen am 28.5.2003 stimmte die Mehrheit des Rates gegen PDS und Grüne der Vorlage zur Veräußerung der Geschäftsanteile an der DSM Deutsche Städte Medien GmbH zu. Der Verkauf wird realisiert, wenn 75% des Stammkapitals dem Konsortialvertrag beitreten. Dieses wäre erreicht, wenn die sechs anteilstärksten Kommunen Frankfurt/Main, München, Essen, Gelsenkirchen, Kassel und Mainz zustimmen.

28 deutsche Kommunen sind bis jetzt noch Eigner der DSM. Nach Aussage der vorliegenden Unterlagen soll sie an einen finanzträchtigen Investor verkauft werden. Kapitalerhöhungen durch die momentanen Gesellschafter, die Kommunen, sind nicht zu erwarten und die DSM könne bestehende Wachstumspotenziale nicht ausschöpfen, heißt es in den Unterlagen. Ein Investor soll die DSM besser im deutschen Außenwerbeamt positionieren. In der Vorlage heißt es: „Die Veräußerung der Geschäftsanteile trägt damit auch langfristig dazu bei, die Existenz der DSM zu sichern.“ Die DSM ist aber auch so Marktführer der Branche in Deutschland und macht Gewinne, die den Kommunen bisher Jahr für Jahr zugute kommen.

Die wirtschaftliche Rezension scheint nun nicht gerade der günstigste Punkt für den Verkauf des Unternehmens zu sein. In der Vorlage und im Konsortialvertrag ist festgelegt: „Wenn keines der im Auktionsverfahren eingegangenen Angebote wirtschaftlich sinnvoll ist, wird kein Angebot angenommen.“ Die Konkurrenz kann nun ein wenig pokern – bis der Marktwert durch die Verscherbelungsaktivitäten gesunken ist. Potentielle Käufer wie der französische Konzern JD Decaux sowie die US-Unternehmen Viacom Outdoor und Clear Channel könnten sich aber auch überbieten. Erhalten diese Unternehmen den Zuschlag, könnten bestehende Unternehmensstrukturen mit übernommen werden, was zu Personalabbau führen wird. Alles Spekulation, kann man sagen. Spekulationen können aber wahr werden – und das Schlimme dabei ist, die Beschäftigten der DSM werden dabei vergessen. Nicht eine Regelung existiert im Konsortialvertrag zur sozialen Absicherung der Beschäftigten. Auch der Betriebsrat des Unternehmens wurde nicht hinzugezogen. Aber von den Ratsdamen und -herren, die mitgestimmt haben, trifft es keinen.

H.-J. Schwartz

PDS geht mit offener Liste in Kommunalwahl

Die PDS Essen will 2004 erneut mit einer Offenen Liste zur Kommunalwahl antreten. Diese Orientierung verabschiedete die Kreismitgliederversammlung am 11. Juni 2003. Die PDS will Bündnispartnerinnen und -partnern „deutliche Angebote zur Zusammenarbeit und Mitarbeit“ machen, heißt es in dem Beschluss. Der Bedarf nach einer sozialistischen Partei wachse.

An politischen Schwerpunkten will sich die PDS neben der Friedenspolitik, dem Antifaschismus und der Flüchtlingspolitik vor allem mit Fragen der Stadtentwicklung auseinandersetzen.

Hierbei stehen der Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und gegen Cross-Border-Leasinggeschäfte im Zentrum.

In der Sozialpolitik will sich die PDS mit der „Beschäftigungspolitik nach Hartz“ und der Verschärfung des Drucks auf Erwerbslose befassen. Die PDS fordert eine Politik, die mehr auf die Bedürfnisse der Kinder eingeht, Verbesserungen in der Bildungspolitik durch Ganztagschulen und muttersprachlichen Unterricht und eine mieterfreundliche Wohnungspolitik.

Nina Eumann

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.